

Miszellen zu einem vergessenen Weltkrieg: Der Kalte Krieg in der Dritten Welt.

Michael Ploetz

In seinen Erinnerungen beharrte Valentin Falin darauf, daß der Kalte Krieg ein Dritter Weltkrieg gewesen sei, der den Ersten Weltkrieg an Opfern und beide Weltkriege an Ressourcenvergeudung übertrafen habe.¹ Anhand von Dokumenten aus den Archiven des SED-Staats soll in einer Serie von unregelmäßigen Beiträgen gezeigt werden, daß Falin aus seiner Perspektive durchaus schlüssig argumentiert. Von marxistisch-leninistischer Seite wurden die Weltereignisse zwischen 1945 und 1989 tatsächlich als ein globaler Entscheidungskampf betrachtet,² bei dem es den Sowjetkommunisten darum ging, das Sozialsystem des imperialistischen Klassengegners schrittweise in einem langwierigen und globalen Ermattungskrieg niederzuringen.³

Die wichtigsten Schlachtfelder dieses längsten Krieges des 20. Jahrhunderts lagen allerdings in den lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Staaten der Dritten Welt. Geraume Zeit schien der Siegeszug des Marxismus-Leninismus gerade in dieser Region unaufhaltbar. Die vernichtende Niederlage der USA und ihrer südvietnamesischen Klienten im 2. Indochinakrieg wurde als Menetekel dafür verstanden, daß es im Grunde unmöglich sei, kommunistischen Streitkräften und Partisanenbewegungen erfolgreich Widerstand zu leisten. Diese Sicht war nicht unberechtigt, denn am Ende zerfiel der Sowjetkommunismus ja nicht unter dem Eindruck einer Niederlage auf dem Schlachtfeld. Vielmehr brach er ökonomisch unter dem Gewicht seiner zahllosen Siege zusammen, die ihm eine Vielzahl von zwar hochgerüsteten, aber wirtschaftlich lebensunfähigen Verbündeten eingebracht hatte. In der Dritten Welt erwies es sich am Ende als kostengünstiger, amtierende Regierungen zu destabilisieren als diese gegen entschlossenen Widerstand im Amt zu halten. Mit ihrer Politik beförderten die kommunistischen Regierungen in Ländern wie Afghanistan, Äthiopien, Angola und Nicaragua aber genau jenen Widerstand, an dem das sozialistische Lager verbluten sollte. Zum Menetekel der sowjetischen Erschöpfung wurde der Krieg in Afghanistan, der über 13.000 Sowjetsoldaten das Leben kostete,⁴ Gorbatschows Bereitschaft, das kommunistische Regime in Kabul seinem Schicksal zu überlassen und die eigenen Truppen abzuziehen, markiert das Ende jenes revolutionär-imperialen Paradigmas,⁵ das seit der Stalin-Ära die Machtinteressen des sowjetischen Staates mit dem Expansionsinteresse der marxistisch-leninistischen Ideologie in eins gesetzt hatte.

¹ Valentin Falin: Politische Erinnerungen; München 1995; S. 75.

² Die Frage, wann genau der Kalte Krieg zu Ende war, ist schwer zu beantworten. Das Jahr des Mauerfalls bietet sich deshalb an, weil der Zusammenbruch dieser äußeren Hülle des sowjetischen Imperiums gleichzeitig das Ende jenes sowjetischen Machtwillens markiert, um dessen Eindämmung die Politik des Westens zuvor bemüht gewesen war. Siehe Michael Ploetz: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall; Berlin 2000.

³ Besonders deutlich tritt diese Denkungsweise in einem polnisch-ostdeutschen Handbuch zur NATO zutage. Siehe R. Brühl, E. Jadziak (Hrsg.): NATO - Strategie und Streitkräfte. Die Rolle der Militärorganisation des Nordatlantikpakts in der aggressiven Politik des Imperialismus 1949-1975, Militärgeschichtlicher Abriß; Berlin 1976.

⁴ Pierre Allan, Dieter Kläy: Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskau Afghanistankonflikt; Bern, Stuttgart, Wien 1999; S. 614.

⁵ Den Begriff haben die russischen Historiker Wladislaw Subok und Konstantin Pleschakow geprägt. Vgl. dieselben: Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise; Hildesheim 1997.

In diesem globalen Kampf der Systeme hat die DDR nach Kräften mitgemischt. Zum einen lieferte sie Waffen oder gewährte ökonomischen Beistand, zum anderen schulte sie Kader aus der Dritten Welt im Marxismus-Leninismus, der Kriegskunst sowie der Theorie und Praxis des revolutionären und staatlichen Terrorismus.⁶ Die durch derlei Waffen- und Methodentransfer geschaffenen Strukturen und Mentalitäten gehören neben dem „nuklearen Erbe der Sowjetunion“⁷ zu den kommunistischen Hinterlassenschaften, die zum großen Schaden der davon betroffenen Bevölkerungen fortwirken. Die Dokumente aus den Archiven des SED-Staats machen deutlich, daß der Wahnsinn, der insbesondere große Teile von Afrika in eine gründlich verminte und von Bürgerkriegen verwüstete Elendszone verwandelt hat, durchaus Methode besaß. Die Dokumente unterstreichen außerdem, daß der Marxismus-Leninismus nicht ein fehlgeleiteter Altruismus, sondern vor allem eine brutale Strategie des Machtkampfs ist, die mit einem zynischen Sinn für Pragmatismus die totale Eroberung der zu unterwerfenden Gesellschaften ins Werk setzt. Als ausgefeilte Technologie totaler Herrschaft wird der Marxismus-Leninismus fortbestehen, auch wenn seine Praktikanten längst die utopischen Hoffnungen vergessen haben werden, die einstmals zur Formulierung dieser Doktrin des politischen Vernichtungskampfes führten.

Die Militarisierung der Dritten Welt

I. Äthiopien

In Äthiopien herrscht bis heute Hunger. Mit dem Hinweis auf die drohende Katastrophe fordern die Machthaber in Addis Abeba von der internationalen Gemeinschaft Hilfslieferungen. Gleichzeitig führt Äthiopien einen Krieg gegen das Nachbarland Eritrea, für den es nach amerikanischen Schätzungen täglich 2,6 Millionen Mark aufwendet. Moderne Großwaffen kommen dabei in erheblicher Zahl zum Einsatz: Neben Kampfflugzeugen hat Äthiopien erst unlängst die in Afghanistan und Nicaragua „bewährten“ Kampfhubschrauber von Rußland erworben. Das post-kommunistische Regime finanziert seine Waffenkäufe unter anderem mit dem Verkauf von Kaffee, der auf kollektivierten Staatsfarmen für den Export angebaut wird.⁸

Dieses militärökonomische System - Kriegsfinanzierung durch Nahrungsmittelexport und Ernährung der Bevölkerung durch ausländische Hungerhilfe - ist ein Erbe des äthiopischen Sozialismus, der sich unter der Herrschaft des kommunistischen Militärdiktators Mengistu Haile Mariam herausgebildet hat.⁹ Nachdem 1974 ein Militärputsch zum Sturz des äthiopischen Kaisers Haile Selassie I. geführt hatte, konnte sich Mengistu, der zuvor u.a. an der US-Stabsakademie Fort Leavenworth ausgebildet worden war, rasch als starker Mann des DERG (Provisorischer Militärischer Verwaltungsrat) etablieren. Anders als die meisten anderen afrikanischen Putschisten, die zumeist relativ schnell wieder von der Bildfläche verschwanden, behauptete sich Mengistu trotz Hungersnot und permanentem Kriegszustand bis 1991 an der Macht. Die Dauer seiner Herrschaft verdankte der äthiopi-

⁶ Heinrich Engelhardt: Unterstützung befreundeter Staaten und Befreiungsbewegungen durch die NVA. In: Klaus Naumann (Hrsg.): NVA. Anspruch und Wirklichkeit nach ausgewählten Dokumenten; Berlin, Bonn, Herford 1993; S. 317 ff. Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland; 2. Auflage, Berlin 1999; S. 77 ff.

⁷ Fischer; Nassauer (Hrsg.): Satansfaust. Das nukleare Erbe der Sowjetunion; Berlin, Weimar 1992.

⁸ Udo Ufkotte: Wie die äthiopische Regierung von internationaler Hungerhilfe profitiert. In: FAZ, Nr. 88 (13.4.2000), S. 13.

⁹ André Glucksmann: Politik des Schweigens. Stuttgart 1987.

sche Diktator den Verbündeten in Moskau, Havanna und Ost-Berlin, die sein politisches Überleben mit großzügiger Militärhilfe, Truppenkontingenten und durch den Transfer totalitärer Herrschaftstechniken gewährleisteten. Äthiopien brachte Mengistus Herrschaft neben über einer Millionen Hungertoten und einer unbekanntenen Zahl von Opfern politischer Gewalt die zweifelhafte Ehre, mit 450.000 Mann die zahlenmäßig stärkste Armee Schwarzafrikas ins Feld zu führen. Neben der Militärhilfe aus den Ostblockstaaten und der Entwicklungshilfe aus dem Westen - von allen Ländern Afrikas erhielt Äthiopien die meisten EG-Subsidien - bildete die kollektiviert Landwirtschaft das ökonomische Rückgrat von Mengistus Kriegskommunismus.¹⁰

Die nach dem Putsch von 1974 erfolgte Hinwendung Äthiopiens zum sozialistischen Lager war für Moskau zunächst nicht unproblematisch, da die UdSSR bereits mit dem Nachbarland Somalia verbündet war, das sich zum Marxismus-Leninismus bekannte und in Äthiopien gleichartige Separatistenbewegungen unterstützte. 1977 weitete der somalische Diktator Siad Barre den Grenzkonflikt um die äthiopische Provinz Ogaden durch eine militärische Großoffensive zu einem Krieg aus, in dessen Verlauf Moskau massiv auf äthiopischer Seite intervenierte. Neben den umfangreichen Waffenlieferungen Moskaus gab ein kubanisches Expeditionskorps den Ausschlag für den Sieg der Äthiopier.

Bei einem Gespräch in Moskau am 11. Januar 1977 gab Boris Ponomarjow, Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU, Hermann Axen, seinem ostdeutschen Pendant, eine Einschätzung zur Lage am Horn von Afrika. Ponomarjows Ausführungen lassen das machtpolitische Kalkül erkennen, das den Kreml zur Intervention veranlaßte. Daneben wird aber auch das kriegskommunistische Entwicklungskonzept deutlich, das die kommunistischen Berater und Militärexperten dem bettelarmen Äthiopien oktroyierten:

„Gen. Ponomarjow bezeichnete die politische und militärische Lage am Horn von Afrika als sehr kompliziert. Der Verlust der Stadt Massawa war ein Schock für die äthiopische Führung. Es zeigt sich, daß die eritreischen Separatisten [damals war Eritrea noch ein Teil von Äthiopien] vom Volk unterstützt werden. Dazu kommt, daß sich die äthiopische Armee als äußerst schwach erweist. Der Kampf um die eritreische Hauptstadt Asmara ist eine politisch außerordentlich wichtige Frage. Würden die Separatisten Asmara besetzen, so müßte man mit ihrer Unabhängigkeitserklärung rechnen. Sie würden eine Regierung bilden und dritte Länder um Hilfe anrufen, um von diesen legal unterstützt zu werden. Das weiß die äthiopische Führung und will unbedingt ein militärisches Übergewicht erreichen. Es ist jedoch unbegreiflich, wieso die äthiopische Armee nur aus 50-70.000 Soldaten (zusammen mit der Miliz etwa 130.000) besteht. Die Armee hat mehr Waffen als Soldaten. Bei einer Bevölkerung von 30 Millionen müßte die Armee mindestens eine Stärke von einer halben Millionen Mann haben.“¹¹ Die USA, deren Klient das kaiserliche Äthiopien gewesen war, hatten sich also offensichtlich um die äthiopische Armee nicht sonderlich verdient gemacht.

Nach Meinung Ponomarjows war es aber vordringlich, daß Mengistu zunächst einmal in einer Säuberung den inneren Feind niederwarf: „Die UdSSR, die die äthiopische Revolution unter Mengistu Haile Mariam konsequent unterstützt, weist immer wieder darauf hin,

¹⁰ Yves Santamaria: Formen des Afrokommunismus: Äthiopien, Angola, Mocambique. In: Stéphane Courtois u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus; München 1998; S. 748 ff. hier: 753 ff. Glucksmann: a.a.O.; S. 117 ff.

¹¹ SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/20/159, Niederschrift über die Konsultation des Mitglieds des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Hermann Axen, mit dem Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen B.N. Ponomarjow, und dem Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen K.V. Russakow, am 11. Januar 1978 in Moskau; S. 9 f.

daß es erforderlich ist, erstens die revolutionären Errungenschaften zu sichern und zweitens die äußeren Feinde zu schlagen.“ Vor allem in der äthiopischen Armee gab es noch zahlreiche Kader, denen Ponomarjow nicht traute: „Die äthiopische Armee muß an zwei Fronten kämpfen. Die sowjetischen Berater berichten über Schwächen dieser Armee von oben bis unten. Hier wirkt sich aus, daß es keine Partei gibt, daß die Armee mit alten militärischen Kadern durchsetzt ist. Die äthiopischen Freunde glauben an den Sieg. Wir unterstützen sie mit Wort und Tat.“¹²

Ponomarjows weitere Ausführungen zeigen, daß die Somalis, die zu diesem Zeitpunkt mit Äthiopiern im Krieg standen, keinerlei Unterstützung besaßen, die mit der sowjetischen Hilfe für Äthiopien vergleichbar war. Besonders die USA zeigten wenig Interesse, sich in diesem Konflikt zu engagieren: „Siad Barre sucht überall nach Waffen. Er hatte darauf gehofft, daß ihm alle helfen werden, wenn er auf die Sowjetunion schimpft, der sowjetischen Armee den Flottenstützpunkt kündigt. Das ist nicht eingetreten. Die Munition der Somalis wird knapp. [...] Was nützen ihnen Panzer, die nur noch einen Schuß Munition haben. Sadat [ägyptischer Staatschef] und auch China beliefern die Somalis, aber das ist wenig, zumal die Lieferungen aus China per Flugzeug erfolgen müssen. Die USA möchten offensichtlich eine offene Konfrontation mit Äthiopien vermeiden. Über Saudi Arabien tun sie etwas für Somalia. Sie sind aber sehr vorsichtig. Natürlich stellt man sich überall die Frage, wie lange ein großer Staat von 30 Millionen von einem kleinen Staat wie Somalia bedrängt wird. In der USA-Presse wird direkt gefragt, ob denn zwei Millionen Somalis über 30 Millionen Äthiopier siegen können.“¹³

Ergänzend zu Ponomarjows Ausführungen unterstrich Axen, die Schwäche Äthiopiens sei vor allem auf das Fehlen des wichtigsten Herrschaftsinstrumentes zurückzuführen: „Genosse Axen stellte fest, daß nach Gesprächen, die Genosse Lamberz mit Mengistu Haile Mariam, mit Ghaddafi sowie im Südjemen führte, die SED einschätzt, daß die Hauptschwäche in Äthiopien im Fehlen einer Partei und einer breiten politischen Einheitsfront des Volkes liegt.“ Um dieses Problem zu beseitigen, wolle die SED „ihre solidarische Unterstützung fortsetzen“ und „leitende Kader nach Äthiopien entsenden, die mithelfen sollen, eine Partei und eine Volksbewegung aufzubauen.“¹⁴

Auch Ponomarjow sah in der Bildung einer schlagkräftigen Partei und der Schulung von Kadern den Schlüssel zur Festigung von Mengistus Herrschaft: „Gen. Ponomarjow stimmte zu und sagte, daß die KPdSU seit langem Mengistu Haile Mariam rät, eine Partei zu bilden. Sie sollte nicht kommunistische Partei heißen, sondern möglicherweise Volkspartei, aber natürlich auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Die äthiopische Führung unternehme jedoch keine praktischen Schritte. Wir haben den äthiopischen Freunden unsere Bereitschaft mitgeteilt, eine Gruppe - ähnlich wie in Angola - zu entsenden, die an den Vorbereitungen der erforderlichen Dokumente der Partei mitarbeitet. Die Äthiopier wollen jedoch Distanz wahren und den Anschein vermeiden, als täten sie, 'was Moskau sagt'. Wir werden uns ihnen in dieser Frage nicht aufdrängen. Die UdSSR hat 1977 250 Äthiopier in einem 6-Monate-Kurs politisch ausgebildet und wird auch diesen Sommer wieder einen Kursus für 250 Mann durchführen.“¹⁵

Allzu lange scheint sich Mengistu aber nicht mehr geziert zu haben. Auf die Frage eines Journalisten, ob er irgend etwas bereue, antwortete er nach seiner Absetzung: „Ich hatte ei-

¹² Ebd.; S. 10 f.

¹³ Ebd.; S. 11.

¹⁴ Ebd.; S. 12.

¹⁵ Ebd.; S. 13.

ne der stärksten Armeen Afrikas, eine der am besten organisierten Parteien der Welt aufgebaut. Und die Einheit meines Landes habe ich mit den Zähnen verteidigt. All das ist umsonst gewesen, das tut mir weh.“¹⁶ Obgleich die SED nur in beschränktem Maße Waffen liefern konnte, da sie selbst über keine bedeutende Rüstungsindustrie verfügte, beteiligte sie sich doch an Mengistos Hochrüstung, indem sie diesem Handfeuerwaffen aus DDR-Produktion und ausgemusterte sowjetische Großwaffen zur Verfügung stellte. Zwischen 1977 und 1981 gelangten so unentgeltlich Waffen und Ausrüstungen im Gesamtwert von 29,4 Millionen Mark nach Äthiopien - darunter Panzer, Geschütze, Flak, Maschinenpistolen, Pistolen und Handgranaten. In den folgenden Jahren erklärte sich die DDR zur Lieferung weiterer Rüstungsgüter bereit: u.a. 70.000 Granaten für Panzerbüchsen mit einem Wert von 7 Millionen Mark.¹⁷

II. Nicaragua

Als im Sommer 1979 der nicaraguanische Diktator Anastasio Somoza von einer breiten Volksbewegung gestürzt wurde, schlug der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) auch im westlichen Ausland eine breite Welle der Sympathie entgegen. Die Erklärung der Sandinisten, eine Demokratie nach westlichem Vorbild aufbauen zu wollen, wurde in Nicaragua, Europa und den USA bereitwillig geglaubt. Die Vereinigten Staaten griffen den neuen Herrschern unbürokratisch unter die Arme: US-Präsident Carter sprach dem revolutionären Regime sogleich die diplomatische Anerkennung aus und stellte ein Hilfspaket von 16 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Ein Jahr später bewilligte Carter nochmals 75 Millionen US-Dollar Auslandshilfe für Nicaragua.¹⁸

Die Kerngruppe der sandinistischen Commandantes - Tomás Borge und die Brüder Daniel und Humberto Ortega - hatte jedoch nicht vor, eine pluralistische Demokratie aufzubauen, vielmehr ging es ihnen darum, hinter der Fassade von scheinbar demokratischen Institutionen einen marxistisch-leninistischen Einparteiensstaat zu errichten. Für Nicaragua bedeutete diese Zielsetzung eine bislang nicht gekannte Militarisierung aller Lebensbereiche. Bereits Mitte Juli 1979 wurden die 6.000 Kämpfer der sandinistischen Guerrilla zu einer regulären Wehrpflichtarmee umgebildet, die zehn Jahre später 75.000 Soldaten zählen sollte. Diese an sich schon beachtliche Streitmacht wurde durch eine Miliz und paramilitärische Sonderverbände von Geheimpolizei und Innenministerium ergänzt. Allein mit nicaraguanischem Personal hätten solche Streitkräfte jedoch kaum kompetent befehlen werden können; dazu waren neben sowjetischen, ostdeutschen und nordkoreanischen Militärberatern noch Kader der PLO und zirka 6.000 kubanische Offiziere notwendig. Die auch von Markus Wolfs Hauptverwaltung A ausgebildete Geheimpolizei stützte sich auf ein alle Wohnsiedlungen umfassendes Blockwartssystem, die sogenannten „Komitees zur Verteidigung des Sandinismus (CDS)“.¹⁹

Kernstück des von den sandinistischen Commandantes angestrebten militärökonomischen Systems waren auch in Nicaragua Kollektivfarmen, die vor allem für den Export bestimmten Kaffee anbauten. Neben den Latifundien des Somoza-Clans, die etwa ein Viertel

¹⁶ Alles, außer der Atombombe: Interview mit Äthiopiens ehemaligem Diktator Mengistu über Freunde, Verräter und den Sturz seines Regimes. In: Der Spiegel, Nr. 27 (3.7.1995), S. 146.

¹⁷ BA-MA, AZN Strausberg 32697, Brief von Heinz Hoffmann an Egon Krenz vom 5.3.1984; Bl. 47.

¹⁸ Stephen Ambrose: Rise to Globalism. American Foreign Policy; Harmondsworth 1991; S. 302.

¹⁹ Pascal Fontaine: Lateinamerika: Heimsuchung des Kommunismus. In: Courtois u.a.: a.a.O.; S. 711 ff. hier: S. 731-741. Martin Kriele: Nicaragua - Das Blutende Herz Amerikas; München Zürich 1986; S. 132. Caspar Weinberger (Hrsg.): Die sowjetische Rüstung; Koblenz 1985; S. 104 ff.

der Ackerfläche ausmachten, hatte es vor der Revolution in Nicaragua jedoch kaum Großgrundbesitz gegeben. Stattdessen überwogen kleinbäuerliche Betriebe. Mit ihrer sogenannten Agrarreform machten die Sandinisten den Staat zum Eigentümer des Bodens: Die Bauern verfügten nur noch über ein sogenanntes Nutzungsrecht, das sie verpflichtete, ihr Land nach staatlichen Vorgaben zu bestellen und ihre Produkte zu festgelegten Preisen an den Staat zu verkaufen. Wie in der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten hatten derlei Maßnahmen auch in Nicaragua einen dramatischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und eine Erhebung von Teilen der Landbevölkerung zur Folge.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft, die brutale Unterdrückung der Opposition und der freien Gewerkschaften durch Schlägertrupps, die Geheimpolizei und Sondertribunale sorgten dafür, daß in Nicaragua ab Mitte 1981 ein neuer Bürgerkrieg aufflammte. Im Juli desselben Jahres setzte sich Eden Pastora, der als „Commandante Cero“ zu den bekanntesten Führern der FSLN gehört hatte, nach Costa Rica ab, um von dort aus den Widerstandskampf gegen seine ehemaligen Kampfgenossen aufzunehmen. In Honduras bildeten ehemalige Offiziere von Somozas Nationalgarde gemeinsam mit liberalen Politikern die Demokratischen Streitkräfte Nicaraguas (FDN), die zeitweise bis zu 20.000 zumeist bäuerliche Kämpfer ins Feld führen konnten. Anders als dies die propagandistischen Helfershelfer der Sandinisten glauben zu machen versuchten, war die FDN jedoch nicht die einzige nicaraguanische Bürgerkriegsarmee, die ehemalige Somoza-Offiziere beschäftigte. Entsprechend dem Vorbild der Roten Armee und der NVA der DDR taten nämlich auch in der Sandinistischen Volksarmee ehemalige Offiziere der alten Armee Dienst: darunter ein General, ein Oberst und zwei Majore. Andererseits gab es unter den Contras zahlreiche Personen, die ursprünglich den Sandinisten nahegestanden hatten. Adolfo Calero, der politische Führer der FDN, hatte zum Beispiel nach dem Fall von Somoza in Washington das sandinistische Regime vertreten.²⁰

Neben der FDN und Pastoras ARDE gab es noch die Widerstandsgruppe Misura, die sich aus den an der nicaraguanischen Atlantikküste ansässigen Indianerstämmen rekrutierte. Der Widerstand der Indios hatte sich vor allem an der Frage des Wehrdienstes entzündet.²¹ Bei ihren Strafexpeditionen gegen die Stämme der Miskito, Sumo und Rama hatte die sandinistische Armee nach Schätzungen der Filmemacher Werner Herzog und Denis Reichle bis 1984 ungefähr 15.000 Indios ermordet und zirka 30.000 in Zwangs- und Arbeitslager umgesiedelt.²²

Der Kollaps des Ostblocks setzte der sandinistischen Herrschaft schließlich ein Ende. Nur noch mit militärischer Gewalt in der Lage, sich der Macht zu behaupten, sahen sich die Commandantes 1990 genötigt, freie Präsidentschaftswahlen zuzulassen. Dabei siegte mit 54% die Demokratin Violeta Chamorro, die als Herausgeberin einer der liberalen Tageszeitung sowohl gegen Somoza als auch gegen die Sandinisten Widerstand geleistet hatte.²³

Ungeachtet der Tatsache, daß die sandinistischen Commandantes den Marxismus-Leninismus als Staatsdoktrin betrachteten, weigerte sich ein beträchtlicher Teil der westeuropäischen Linken, zur Kenntnis zu nehmen, daß in Nicaragua eine brutale Sowjetisierung durchgeführt wurde. Willy Brandt, damals Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, erklärte sogar: Wenn die Sandinisten Marxisten-Leninisten seien, sei er ein Ameisenbär.²⁴

²⁰ Kriele: a.a.O.; S. 132 ff. Fontaine: a.a.O.; 733 ff.

²¹ Fontaine: ebd.

²² Zitiert in Kriele: a.a.O.; S. 85 ff.

²³ Fontaine: a.a.O.; S. 741.

²⁴ Zitiert in Kriele: a.a.O.; S. 77.

Die Dokumente aus den Archiven des SED-Staats vermitteln indes ein anderes Bild als das damals von Brandt und der Sozialistischen Internationale kultivierte: Sie bestätigen weitgehend die Eindrücke, die der Sozialdemokrat und nordrhein-westfälische Verfassungsrichter Martin Kriele im Sommer 1985 bei einer Reise durch Nicaragua und dessen Nachbarländer gewann.²⁵

Besuchsberichte und Gesprächsprotokolle aus den DDR-Archiven zeigen, daß es dem Kern der sandinistischen Führungsmannschaft von Anfang an um die Errichtung eines marxistisch-leninistischen Staates und den Aufbau einer schlagkräftigen Armee ging. Bereits im September 1979 bereiste eine Delegation der „Sandinistischen Volksarmee“ unter Führung von Largos Montiel Kuba, Algerien, Libyen, die UdSSR, Bulgarien und die DDR, um sich für die bereits erwiesene Hilfe zu bedanken und weiteres Kriegsmaterial für den Aufbau von Streitkräften zu bestellen. Laut Montiel befand sich „Nicaragua in einer äußerst kritischen Etappe, da die inneren und äußeren Feinde alle Anstrengungen unternähmen, um den Fortgang der Revolution aufzuhalten.“²⁶ Bei Rüstungslieferungen sei deshalb Verschleierung notwendig: „Aufgrund der politischen Situation ist es zur Zeit Nicaragua nicht möglich, offen Bewaffnung aus sozialistischen Ländern einzuführen. Es kann diese Bewaffnung nur von paktfreien Staaten beschaffen, um den Feinden der Revolution keinen Anlaß für eine imperialistische Aggression zu geben.“ Bei der avisierten Aufrüstung stellte die nicaraguanischen Staatsfinanzen jedoch ein erhebliches Problem dar. Montiel: „Das Land ist aufgrund der Kriegseinwirkungen bankrott. Es kann nichts gekauft werden, da die Staatskasse leer sei.“²⁷ Nichtsdestotrotz präsentierte Montiel den deutschen Freunden ein umfangreiches Hilfsersuchen:

„Im Verlaufe seiner Ausführungen brachte Minister Montiel zum Ausdruck, daß er befugt sei, bei seinem Arbeitsbesuch um folgendes zu bitten:

- die Unterstützung für die Ausrüstung einer Reparatur-/Havarie-Brigade und für die technische Ausstattung der Kontrollpunkte der Flugplätze im Kampf gegen Terrorismus, Sabotage und illegale Einwanderung
- die Bereitstellung von Bekleidung und Ausrüstung für fliegertechnisches Personal
- die Prüfung der Möglichkeit der Ausbildung von technischen Unteroffizieren der Land-, Luft- und Seestreitkräfte, wobei die Ausbildung der 1. Gruppe in Spanisch erfolgen sollte sowie
- die Entsendung einer Delegation von Experten der DDR zur Anleitung der Produktion von Munition für Schützenwaffen in vorhandenen Betrieben.“²⁸

Im Oktober 1979 besuchte eine weitere Delegation aus Managua die DDR, um „offizielle Parteibeziehungen“ aufzunehmen.²⁹ Kurz darauf reiste eine Delegation der NVA unter Leitung von Generalleutnant Borufka nach Nicaragua, wo sie u.a. mit dem Verteidigungsminister Humberto Ortega zusammentraf: „Im Ergebnis dieser Reise kann festgestellt werden, daß die militärische Führung unter Leitung des Mitgliedes der Nationalleitung der Sandinistischen Befreiungsfront, Minister für Verteidigung, Commandante Humberto Ortega, bemüht ist, die militär-politischen und militärischen Aufgaben des Landes auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu lösen und eine Armee sowie Milizorgane des

²⁵ Kriele: ebd.

²⁶ BA-MA, AZN Strausberg 32639, Schreiben von Fritz Streletz an E. Honecker vom 18.9.79; Bl. 41.

²⁷ Ebd.; Bl. 41 f.

²⁸ Ebd.; Bl. 42.

²⁹ SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/1/568, Bericht über den Besuch von DDR-Außenministers Oskar Fischer in Nicaragua; Bl. 17.

Volkes aufzubauen, die in der Lage sind, die revolutionären Errungenschaften zu sichern.³⁰ Das Primat des Marxismus-Leninismus galt indes nicht nur für das Militärwesen, wie Ortega und der Commandante Carrión den DDR-Militärs versicherten: „Das Ziel der Revolution ist die Schaffung einer neuen Gesellschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen Nicaraguas. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft kann aber gegenwärtig noch nicht offen proklamiert werden.“ Nicaragua müsse sich zunächst noch die Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Staaten Lateinamerikas erhalten: „Eine ungeschickte Politik könnte dazu führen, diese Staaten zu Feinden Nicaraguas zu machen, was die Existenzgrundlage des Landes gefährden würde.“³¹

Darüber hinaus waren sich die Commandantes aber sehr wohl bewußt, daß durch ihre Politik Nicaragua bürgerkriegsartige Zustände drohten: „Mit der Weiterführung des revolutionären Prozesses begann die Polarisierung der Kräfte. Diese Machtkämpfe müssen taktisch so klug geführt werden, daß die Gefahren einer Aggression von außen nach Möglichkeit vermieden oder auf lange Sicht hinausgeschoben werden.“ Die Liquidierung der inneren Klassenfeinde mußte äußerst subtil ins Werk gesetzt werden: „Genosse Carrión erklärte wörtlich: 'Die Frage „Wer Wen“ ist noch nicht endgültig entschieden. Wir sind uns darüber im klaren, daß diese Auseinandersetzung noch voll geführt werden muß. Unsere gegenwärtigen Bemühungen sind darauf gerichtet, diese Auseinandersetzung hinauszuzögern, um einerseits die revolutionären Errungenschaften zu stabilisieren und zu festigen und andererseits dem Volk neue Leiden zu ersparen.“³²

Am 31. März 1980 kam Umberto Ortega selbst in die DDR, wo er mit dem Verteidigungsminister Heinz Hoffmann konferierte. Seinem Gastgeber erklärte Ortega das Militärprogramm der Sandinisten, das die Schaffung einer „gut ausgerüstete[n] Kaderarmee“ vorsah, die durch 50.000 Mann Reservekräfte ergänzt werden sollte: „Im Mobilmachungsfall soll die Armee auf 100.000 Mann anwachsen.“ Zur Verschleierung ihrer Herkunft sollten Waffenlieferungen über Algerien erfolgen. Von Algerien selbst hatten die Sandinisten bereits Panzerabwehrkanonen erhalten, von der ČSSR Flugabwehrraketen und Handfeuerwaffen, von Bulgarien Panzerfäuste. Außerdem hatten die Sandinisten in Moskau die Lieferung von Panzern, Hubschraubern, Fliegerabwehrkanonen und Artillerie erbeten. Von Bulgarien erhofften sie sich die Lieferung weiterer Handfeuerwaffen mitsamt der dazugehörigen Munition sowie die Überlassung von Feldlazaretten und Fernsprechausrüstung. Laut Ortega sahen die Sandinisten ihren Staat als Vorbild für das restliche Mittelamerika: „Mit der Entwicklung des nicaraguanischen Staates und der Wirtschaft wird ein Beispiel für die mittelamerikanischen Staaten gegeben. Gleichzeitig ist Nicaragua bereit, alle anderen Staaten in ihrer revolutionären Entwicklung zu unterstützen, da dadurch Kräfte des USA-Imperialismus im mittelamerikanischen Raum gebunden werden.“³³ Von der SED wurde soviel revolutionärer Optimismus natürlich unterstützt: Neben Zugmaschinen, Tankcontainern, Sattelschleppern sowie mobilen Werkstätten für Panzer, Kraftfahrzeuge und Bewaffnung erhielten die Sandinisten 15.000 Handfeuerwaffen und persönliche Ausrüstungsgegenstände für etwa 40.000 Soldaten.³⁴

³⁰ BA-MA, AZN Strausberg 32640, Brief von Heinz Hoffmann an Erich Honecker vom 1.2.80; Bl. 21.

³¹ Ebd.; Bl. 23 f.

³² Ebd.; Bl. 24.

³³ BA-MA, AZN Strausberg 32640, Information über die am 31.03.1980 durchgeführte Visite des Ministers für Verteidigung Nicaraguas, Genossen Commandante Ortega, beim Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Genossen Armeegeneral Hoffmann. Bl. 60 f.

³⁴ Ebd.; S. 63 f.

Damit der revolutionäre Weltprozeß in Mittelamerika nicht wieder ins Stocken geriet, lieferte die NVA auch der Kommunistischen Partei El Salvadors umfangreiche Waffenbestände. Die dabei ausgelieferten Handfeuerwaffen stammten zum Teil noch aus Beständen der Wehrmacht, wovon man sich vermutlich eine gewisse Verschleierungswirkung erhoffte. Im Juli 1980 kam folgendes Material zur Auslieferung:

- 500 Pistolen einschließlich 35.000 Schuß Munition
- 1.000 Maschinenpistolen einschließlich 900.000 Schuß Munition
- 1.000 Handgranaten
- 2.000 Handgranaten
- 2 Tonnen Sprengstoff TNT einschließlich Zündmittel.³⁵

Mit dem Dynamit aus der DDR sprengten die Kommunisten El Salvadors hernach die Brücken ihres Landes, um so den Weg für dessen progressive Entwicklung freizumachen.

Als Umberto Ortega im April 1983 der DDR einen weiteren Besuch abstattete, tobte in Nicaragua längst der Bürgerkrieg. Die Widerstandsgruppen der sogenannten „Contras“ führten in den Grenzgebieten einen erbitterten Partisanenkrieg, den Ortega aber als „Bandenkrieg“ bezeichnete, da nach kommunistischem Rechtsverständnis nur Kommunisten Partisanen sein konnten, denen als Kombatanen ein gewisser völkerrechtlicher Schutz zustand. Wie die SED die Soldaten der Bundeswehr, so sahen die Sandinisten die Contras als Söldner des USA-Imperialismus.³⁶

Des weiteren erklärte Ortega, die FSLN bleibe entschlossen, „trotz der bestehenden Schwierigkeiten eine marxistisch-leninistische Linie beizubehalten und sie konsequent fortzusetzen.“ Bei aller kommunistischen Prinzipientreue galt es aber nicht zuletzt deshalb flexibel zu agieren, weil die von der Reagan-Administration den Contras in Aussicht gestellte Hilfe von der Zustimmung des eher skeptischen US-Senats abhängig war. Ortega umschrieb dies folgendermaßen: „Die Umwelt und die politische Lage Nicaraguas zwingen dabei dazu, flexibel zu handeln, insbesondere in taktischen Fragen, ohne dabei von den Grundsätzen der revolutionären Linie abzugehen.“³⁷ Ortega präziserte, die NVA-Genossen um Verständnis bittend: „Die Sandinistische Befreiungsfront will alles versuchen, trotz der schwierigen Lage die Kontakte mit den kapitalistischen Ländern weiter zu halten. Das ist aus taktischen Gründen notwendig und wir bitten darum, daß diese unsere Politik von der sozialistischen Staatengemeinschaft richtig verstanden wird.“ Die „Hauptaufgabe“ der FSLN bestehe aber nichtsdestotrotz darin, „die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern weiter zu entwickeln.“³⁸

Als Commandante Hugo Torres, Leiter der Politischen Abteilung der Sandinistischen Volksarmee, die deutschen Freunde im November 1985 über die Lage in Nicaragua unterrichtete, konnten die „Konterrevolutionen Banden“ mit 20.000 Mann bereits erheblich mehr Kämpfer ins Feld führen³⁹ als dies die FSLN im Kampf gegen Somoza vermocht

³⁵ BA-MA, AZN Strausberg 35658, Brief von Heinz Hoffmann an E. Honecker vom 29.7.80; Bl. 28.

³⁶ BA-MA, AZN Strausberg 32645, Wesentlicher Inhalt des Gesprächs unter vier Augen zwischen [...] Humberto Ortega und [...] Genossen Armeegeneral Hoffmann am 29.04.1983. Bl. 96. [Zum kommunistischen Völkerrechtsverständnis in der Partisanenfrage siehe: Partisanenbewegung; in: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1973, S. 644.]

³⁷ Ebd.; Bl. 96.

³⁸ Ebd.; Bl. 100.

³⁹ BA-MA, AZN Strausberg 8475, Band 2; Ministerium für Justiz; Vermerk über das Gespräch des Ministers mit dem Leiter der Politischen Abteilung der Sandinistischen Volksarmee, Commandante Hugo Torres, am 29.11.1985; Bl. 298.

hatte. Angesichts der wichtigen Rolle, die der Nicaragua-Kaffee für den sandinistischen Kriegskommunismus spielte, war zu diesem Zeitpunkt ein militärischer Kampf um die Kaffee-Ernte entbrannt. Bei deren Einbringung konnten sich die Sandinisten offensichtlich nicht mehr auf die Campesinos verlassen, vielmehr mußten sie Regierungsbürokraten aus der Hauptstadt Managua in die Ernteschlacht werfen:

„Ein wesentlicher ökonomischer Faktor ist die möglichst umfassende Einbringung der Kaffee-Ernte (über 80% der Kaffeeplantagen befindet sich im Kampfgebiet). Alle Kräfte sind darauf gerichtet dieses Ziel zu erreichen.

Die Taktik der Kontras ist darauf konzentriert:

- weitgehende Verluste in der Kaffee-Ernte herbeizuführen
- mit Terror und erbarmungslosem Vorgehen die über 25.000 zusätzlich eingesetzten Werk tätigen in der Kaffee-Ernte zu terrorisieren und einen Großteil dieser Kader zu vernichten (Es handelt sich hier um einen großen Teil von FSLN-Leuten und Staatsfunktionären).“⁴⁰

Angesichts des breiten Widerstandes, der den Sandinisten von der um die Früchte ihrer Arbeit betrogenen Bauern entgegen schlug, war eine weitere Militarisierung des Landes unausweichlich. Im September 1986 berichtete Generalmajor Joaquin Cuadra Laycayo, Generalstabschef der Sandinistischen Volksarmee, daß die Sandinisten planten, „bis Ende des Jahres 1986 250.000 Mann zu bewaffnen“.⁴¹ Dieses Vorhaben war natürlich nur realisierbar, wenn die Genossen aus der DDR die bereits geleistete Hilfe nochmals aufstockten:

1. Bisher erhielt NICARAGUA von der DDR einen Regierungskredit in Höhe von 15 Millionen Dollar für die Beschaffung von Bewaffnung, Ausrüstung bzw. anderen Geräten zur Verteidigung des Landes.
 - Die Bitte bestehe darin, 1987 diesen Regierungskredit von bisher 15 Millionen Dollar auf 25 Millionen Dollar zu erhöhen.
 - Diese Erhöhung des Kredits soll vorrangig der Landesverteidigung der Republik Nicaragua dienen.
2. Die Republik NICARAGUA benötigt dringend Waffen und Munition. Es würde dabei vorrangig um leichte Infanteriewaffen gehen, wie
 - Maschinenpistolen
 - Gewehre mit Schalldämpfer und Zielfernrohr
 - leichte Maschinengewehre
 - Gewehrgranatgeräte
 - [Panzerfäuste].⁴²

Im März 1987 erstatte Ricardo Wheelock, Chef der militärischen Aufklärung der Sandinistischen Volksarmee, Günter Sieber vom ZK der SED einen recht freimütigen Bericht zur Lage in Nicaragua. Seine Ausführungen begann Wheelock mit einer Übersicht zum militä-

⁴⁰ Ebd.; Bl. 294.

⁴¹ BA-MA, AZN Strausberg 8475, Band 2; Aktennotiz über den wichtigsten Inhalt der Visite des Stellvertreters des Ministers für Verteidigung der Republik NICARAGUA und Chefs des Generalstabes der Sandinistischen Volksarmee, Generalmajor Joaquin Cuadra Lacayo, beim Minister für Nationale Verteidigung am 18.09.1989; Bl. 235.

⁴² Ebd.; S. 236.

rischen Kräfteverhältnis zwischen Nicaragua (3,4 Mio. Einwohner) und dessen Nachbarland Honduras (5 Mio. Einwohner). Dies war insofern logisch, als Honduras die Basislager der FDN, der schlagkräftigsten Contra-Organisation, auf seinem Territorium duldet. Wheelock: „Nicaragua ist in insgesamt 7 Militärregionen unterteilt. [...] Allein in der zweiten Militärregion (Chinandega) sind mehr als 29.000 Soldaten stationiert. Diese Anzahl ist weitaus größer als die Stärke der gesamten honduranischen Armee. Insgesamt gibt es in Nicaragua zwischen 250.000 bis 300.000 Mann, die unter Waffen stehen.“⁴³

Wie eingangs bereits erwähnt, setzten sich die Streitkräfte der Sandinisten aus einer Vielzahl von bewaffneten Formationen zusammen. Neben der Sandinistischen Volksarmee (EPS) gab es irreguläre Kampfeinheiten (BLI), die direkt dem Generalstab unterstanden. Diese waren „vorwiegend mit Kampfhubschraubern ausgerüstet“ und trugen den „Charakter einer schnellen Eingreiftruppe“. Daneben standen „dem Generalstab folgende Kampfeinheiten zur Reserve zur Verfügung - eine Panzerbrigade, eine Artilleriebrigade sowie drei motorisierte Brigaden, die vorrangig für den regulären Kampf ausgerichtet wurden.“ Außerdem gab es verschiedene lokale Formationen, die den Chefs der Militärbezirke unterstanden. „Genosse R. Wheelock schätzte ein, daß sich die Hauptschlagkraft der EPS auf die Stärke der Landstreitkräfte konzentriert, insbesondere seien die Artillerieeinheiten sehr schlagkräftig und wirkungsvoll. Neben der zentralen Panzerbrigade, die dem Generalstab untersteht, gibt es in den einzelnen Militärbezirken Panzerverbände, die von dort aus eingesetzt werden.“⁴⁴

Angesichts von soviel militärischer Schlagkraft zeigte sich Wheelock verständlicherweise optimistisch, was den Kampf gegen die Contras anbelangte: „1986 gelang der EPS ein weiterer entscheidender Sieg bei der Vertiefung der strategischen Vernichtung der Contras. Dank einer intensiven politischen Arbeit der FSLN, des MINT [Innenministerium] und der EPS konnte in den Militärbezirken eins und sechs den Contras die soziale Basis entzogen werden. Lediglich in der sechsten Region gäbe es noch kleinere Enklaven. Genosse Wheelock schätzte ein, daß es den Contras nicht gelungen sei, ihre hohen Verluste zu ersetzen.“⁴⁵ Was Wheelock euphemistisch intensive politische Arbeit und Entzug der sozialen Basis nannte, war eine brutale Deportationskampagne, die besonders für große Teile der indianischen Bevölkerung Nicaraguas nichts anderes als das Zusammenpferchen in Konzentrationslagerartigen Camps bedeutete.⁴⁶

Wheelocks nachfolgende Ausführungen zu den Rekrutierungsmethoden der Contras widersprechen denn auch seinen eigenen Ausführungen zu den Folgen der sandinistischen Politik: „In erster Linie würden arme Bauern zwangsrekrutiert und verpflichtet, in der FDN zu kämpfen. Es sei aber auch festzustellen, daß ca. 20 - 25 % Freiwillige seien. Diese Tatsache sei auf politische Fehler der zuständigen verantwortlichen Genossen der FSLN und der EPS zurückzuführen. Man habe zu wenig die religiöse Bindung der Bevölkerungsschichten sowie deren komplizierte soziale Lage beachtet. Eine gegen die Interessen der dortigen Landbevölkerung betriebene Politik führte dazu, daß ganze Bauernfamilien, ja sogar Basiskomitees der FSLN, nach Honduras flohen und sich dort der FDN anschlos-

⁴³ BA-MA, AZN Strausberg 8475, Band 2; Vermerk über ein Gespräch des Genossen Günter Sieber, Mitglied des ZK der SED und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, mit Genossen Ricardo Wheelock, Chef der militärischen Aufklärung der Sandinistischen Volksarmee, am 23.3.1987; Bl. 198.

⁴⁴ Ebd.; Bl. 199.

⁴⁵ Ebd.; S. 200.

⁴⁶ Fontaine: a.a.O.; S. 735 ff., 740; Kriele: a.a.O.; S. 85 ff.

sen.⁴⁷ Wie es den Contras möglich war, „militärische Kommandounternehmen“ tief im Inneren Nicaraguas durchzuführen, wenn nur 20% ihrer Kämpfer Freiwillige und der Rest zwangsgepresste Bauern waren, erläuterte Wheelock natürlich nicht.

Beim Kampf gegen die Contras vertrauten die Sandinisten auch auf die Zersetzungstätigkeit ihrer Geheimdienste: „Den Aktionen der EPS gehe eine umfangreiche Aufklärungsarbeit voraus, an der auch die Zivilbevölkerung beteiligt sei. Die geheim operierende Organisation RIP (Volksaufklärung) werde sowohl vom Innenministerium als auch von der EPS angeleitet. Zum Einsatz kämen Doppelagenten, die für die Contras Kurieraufträge übernehmen würden und dabei den grenznahen Raum auf honduranischem Gebiet aufklären. Ein Schwerpunkt der militärischen Aufklärung bestehe in der Lokalisierung der Contrabasen. In dieser Frage kommt es zu einer engen Abstimmung zwischen der EPS und dem Innenministerium. Spezialeinheiten des Innenministeriums würden auch hinsichtlich der Zersetzung der Contras sowie der Liquidierung von Contraführern wirksam werden.“⁴⁸

Noch wichtiger für die Bekämpfung der Contras waren die grenzüberschreitenden Aktionen der Sandinistischen Volksarmee: „Größere militärische Operationen fanden im April und Dezember 1986 auf honduranischem Territorium statt.“⁴⁹ Bei diesen Offensiven handelte es sich keineswegs um ein unbeabsichtigtes Überschreiten der Staatsgrenze. Wheelock führte vielmehr aus: „Die im April und Dezember 1986 von der EPS durchgeführten grenzüberschreitenden Aktionen waren sorgfältig vorbereitet. Das betrifft sowohl das Gebiet, den Zeitpunkt wie auch den Überraschungseffekt.“⁵⁰ Die Verlagerung des nicaraguanischen Bürgerkrieges auf das Territorium eines Nachbarstaates barg indes, wie Wheelock einräumte, erhebliche Gefahren in sich: „Die gegenwärtige Lage an der Grenze zu Honduras gestalte sich für die EPS äußerst gefährlich. Honduranische Armee-Einheiten würden sich im grenznahen Raum ständig aufhalten, sodaß die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit jenen Kräften nicht ausgeschlossen werden kann.“

Um die Gefahr eines zwischenstaatlichen Krieges zu minimieren, setzten die Sandinisten auf ihre überlegene Bewaffnung: „Die Nähe einiger Basislager der FDN zur nicaraguanischen Grenze ermögliche der EPS aber auch den Beschuß dieser Lager mit eigenen Artilleriekräften. Dadurch würde man der Gefahr einer Berührung mit der honduranischen Armee, die von Nicaragua unter keinen Umständen angestrebt wird, aus dem Wege gehen. Als sehr wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Contras hätten sich die von der Sowjetunion gelieferten Kampfhubschrauber erwiesen.“ Zur Komplettierung ihres Arsenal fehlten den Sandinisten nur noch Abfangjäger; diese Lücke war allerdings um so ärgerlicher, als die Contras zur Versorgung ihrer in Nicaragua operierenden Guerillaeinheiten Hubschrauber benutzten. Wheelock: „Die dazu notwendigen Piloten seien bereits ausgebildet worden, Nicaragua verfüge auch über einen entsprechenden Flugplatz. Da die Reagan-Administration jedoch angedroht habe, daß man den Flugplatz bombardieren werde, falls Nicaragua über moderne Abfangjäger verfügen würde, nehme man davon Abstand. Hierzu bedarf es einer politischen Entscheidung, die aber erst nach Beendigung der Amtszeit Reagans zur erneuten Diskussion stehe. Zwischenzeitlich sehe sich Nicaragua in westeuropäischen Ländern um, die bereit wären, entsprechende Flugzeuge zu liefern. Die Labour-Partei Großbritanniens habe im Falle eines Wahlsieges in Aussicht gestellt, diese Abfangjäger an Nicaragua zu liefern.“⁵¹

⁴⁷ Ebd.; S. 200.

⁴⁸ Ebd.; S. 201.

⁴⁹ Ebd.; S. 200.

⁵⁰ Alle Zitate: Ebd.; S. 202.

⁵¹ Ebd.; S. 203.

Trotz Wheelocks Siegeszuversicht sahen sich die Sandinisten aber dennoch genötigt, im August 1987 Friedensgesprächen zuzustimmen, die die Contras einbezogen.⁵² Dies war auch deshalb möglich, weil die Contras im Vertrauen auf freie Wahlen einen Versöhnungsfrieden anstrebten, der die sandinistischen „Commandantes“ in eine allgemeine Amnestie einbeziehen sollte.⁵³ Auf der anderen Seite hinderte der Friedensprozeß die Sandinisten aber nicht daran, im Frühjahr 1988 ihre grenzüberschreitenden Operationen nochmals zu intensivieren. Eher das Gegenteil war der Fall, wie aus einem Telegramm hervorgeht, das der Chef des Hauptstabes der NVA aus Managua erhielt: „Sandinistische Volksarmee [hat] in [den] letzten Stunden bisher größte Operation gegen Contras begonnen. 7 Bataillone ins Grenzgebiet zu Honduras (nordöstlich von San Andres de Bocay) verlegt, die Aufgabe haben, auf honduranischem Territorium befindliche Contras (ca. 1.000 bis 1.500 Mann) und Einrichtungen, einschließlich Kommandozentrale, zu vernichten. [...] Beginn Operation steht in direktem Zusammenhang mit anstehenden direkten Verhandlungen mit Contras nächste Woche, wo ein militärischer Erfolg Position Regierung durchaus verbessern könnte.“ Bei der Planung und Durchführung dieser Operation hatten sowjetische Berater eine wichtige Rolle gespielt: „Politische Risiken genannter Operation nach wie vor vorhanden. Nicht auszuschließen, daß auf Druck USA Truppenverlegung honduranischer Armee erfolgt, um [auf honduranischem Territorium] Zusammenstöße mit den bekannten Folgen zu provozieren. Chefberater SU bei Sandinistischer Volksarmee jedoch Auffassung, daß für diesen Fall schneller Rückzug vorgesehen und auch möglich.“⁵⁴

Derlei Versuche, die durchaus verhandlungswilligen und versöhnungsbereiten Contras vom Verhandlungstisch zu vertreiben, erforderten natürlich eine weitere Ausweitung der Militärhilfe. In einem verzweifelten Schreiben an Erich Honecker bezifferte Daniel Ortega, Chef der sandinistischen Junta, im September 1988 die bis dahin vom Bürgerkrieg verursachten Kosten auf 12,2 Milliarden Dollar.⁵⁵ Um sein angeschlagenes Regime weiter über Wasser zu halten, erbat Ortega ein umfangreiches Hilfspaket:

Diese Bitten sind in großen Zügen folgende:

- Abschluß eines Abkommens über Zusammenarbeit für die Jahre 1989 und 1990.
- Garantie einer Erdöllieferung für Nicaragua von jährlich 90.000 Tonnen 1989/90.
- Gewährung eines Kredits in frei konvertierbarer Währung in ähnlicher Höhe und unter ähnlichen Bedingungen wie 1988.
- Gewährung eines Spezialkredits zur Deckung der Kosten für Verpflegung, Transport usw. für die Streitkräfte über 50 Mio. US-Dollar für die Jahre 1989-1990.
- Unterzeichnung eines neuen Abkommens über Präferenzialpreise für die Jahre 1989-1990, unter den gleichen Bedingungen und Bestimmungen wie das Abkommen, das in diesem Jahr ausläuft.
- Gewährung von kostenloser materieller Unterstützung im Werte von 20 Mio. US-Dollar für beide Jahre.

⁵² Fontaine: a.a.O.; S. 741.

⁵³ Kriele: a.a.O.; S.160 f.

⁵⁴ BA-MA, AZN Strausberg 8475, Band 2; Telegramm von der DDR-Botschaft in Nicaragua an den Stellvertreter des Ministers u. Chef des Hauptstabes, Eingang: 04.03.88; Bl. 75.

⁵⁵ BA-MA, AZN Strausberg 8475, Band 2; Schreiben von Daniel Ortega an Erich Honecker vom 13.09.1988; Bl. 42 ff.

- Stundung der Rückzahlung von Schulden, die in den vorangegangenen Jahren nicht vereinbart war.
- Reduzierung des Kredits für Kapitalgüter zu Gunsten des Kredits für Rohstoffe und andere Lieferungen zum Erwerb von Ersatzteilen. Damit wird die Wartung der Güter aus der Deutschen Demokratischen Republik gewährleistet.
- Erhöhung des Anteils innerhalb der Kreditlinie No. 2 für Lastkraftwagen IFA zur Verstärkung unseres Fuhrparks und der stromerzeugenden Gruppen, um die Stromerzeugungskapazität zu stärken, die ernsthaft eingeschränkt ist.
- Erlangung der Finanzierung von Multilateralen Projekten unter Teilnahme der DDR.
- Stundung der Tilgung von Transportkosten für Waren, welche die DDR liefert.

Insgesamt bittet Nicaragua um eine Unterstützung von 101,2 Millionen US-Dollar jährlich (1989-1990). Gleichzeitig schlagen wir einen Export Nicaraguas von 12,6 Millionen US-Dollar pro Jahr in Form von traditionellen und nichttraditionellen Produkten vor, auf der Grundlage der Preise des internationalen Marktes.⁵⁶

Was Erich Honecker auf dieses Hilfsersuchen geantwortet hat, ist dem Autor nicht bekannt. Eine neue Generation sowjetischer Führer war zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr gewillt, ihre knappen Ressourcen in die Weltrevolution zu investieren.

III. Resümee

Sein erstes Treffen mit Breschnew beschrieb der äthiopische Diktator Mengistu, der heute den Geheimdienst seines Exillandes Simbabwe berät, unlängst so: „Dann ging ich nach Moskau, wo mich Leonid Breschnew umarmte. Er sagte: ‚Oberst, von meinem Land können Sie bis auf die Atombombe alles haben.‘“⁵⁷ Für größtenwahnsinnige Waffennarren aus der Dritten Welt hatte Breschnews UdSSR also sehr wohl ein verlockendes Entwicklungsmodell zu bieten. Lenins Forderung, „das ganze Land in ein einheitliches Heerlager zu verwandeln“, hatte nämlich von Anfang an die soziale und ökonomische Entwicklung der Sowjetunion bestimmt.

Der DDR-Militärökonom Siegfried Schönherr rückblickend: „Der Kriegskommunismus von 1919 bis 1921 war das erste funktionierende Wirtschaftsmodell des realen Sozialismus. Dieses von revolutionären militärischen Erfordernissen geprägte Wirtschaftsmodell wurde im Sinne des kategorischen Imperativs zu einer Frage des Überlebens der Sowjetordnung. Es wurde zu einem unverkennbaren Wesensmerkmal des politischen Systems des Sozialismus.“⁵⁸ Der Preis dieses Wirtschaftsmodells, das im Grunde nur das politische Überleben einer Handvoll messianischer Fanatiker sicherstellte, war eine Serie von rücksichtslosen Kolonialkriegen, deren erster sich gegen die russische Bauernschaft richtete. Lenins rotem Partei-Militär-Komplex ging es beim Kampf gegen die Landbevölkerung auf lange Sicht darum, die wirtschaftliche Basis des „Klassenfeindes“ zu vernichten. Die Requirierung aller Getreideüberschüsse sollte einerseits dem Markt den Todesstoß versetzen und andererseits die von der Partei kontrollierten Verteilungsbürokratien ins Zentrum des

⁵⁶ Ebd.; S. 44 f.

⁵⁷ Alles, außer der Atombombe: a.a.O.; S. 146.

⁵⁸ Siegfried Schönherr: *Militärökonomie: Wissenschaft zwischen Wirtschaft und Streitkräften. Zwischen Konfrontation und Kooperation*; in: Manfred Backerra: *NVA - Ein Rückblick für die Zukunft*; Köln 1992; S. 269 ff. hier: S. 274 f.

ökonomischen Geschehens katapultieren.⁵⁹ Gleichzeitig diente die Ausplünderung der Bauern aber kurzfristig auch dazu, eine Rote Bürgerkriegsarmee zu ernähren, die nach dem Willen Lenins 3,6 Millionen Mann zählen sollte.⁶⁰

Für die Militaristen der Dritten Welt war das sowjetische „Entwicklungsmodell“ aber auch deshalb erstrebenswert, weil Stalin bewiesen zu haben schien, daß man durch die rücksichtslose Ausplünderung und Kollektivierung der Bauernschaft sehr wohl die Ressourcen aus einem rückständigen Agrarland herauspressen konnte, die erforderlich waren, um dieses praktisch über Nacht in eine moderne Militärmacht mit einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie zu verwandeln.⁶¹ Während Millionen von sowjetischen Bauern vor Hunger starben, exportierte Stalin in den dreißiger Jahren Getreide ins Ausland,⁶² von dessen Erlös er Industrieanlagen, aber auch Waffen wie den amerikanischen Prototypen des späteren T-34 Panzers anschaffte.⁶³ Ungeachtet der katastrophalen Folgen, die die Kollektivierung für die Menschen der UdSSR hatte, war Stalin mit den Ergebnissen seiner Politik zufrieden. 1933 erklärte er: „Die Partei hat erreicht, daß sie anstelle von 500 - 600 Millionen Pud Getreide, das in der Periode der individuellen Bewirtschaftung der Landwirtschaft erzeugt wurde, jetzt 1200 - 1400 Millionen Pud Getreide jährlich produzieren kann.“⁶⁴

Die Folgen von derlei staatlichen Plünderungsaktionen waren im Rußland Lenins und Stalins dieselben wie mehrere Jahrzehnte später im Nicaragua der sandinistischen Commandantes. Zum bäuerlichen Widerstand gegen die Kollektivierung schrieb Dimitri Wolkogonow: „Die Lage dieser Gruppe der Bauernschaft [der sogenannten Kulaken] war ausweglos. Gegen sie wurden die brutalsten Maßnahmen ergriffen: vollständige Beschlagnahmung des Hab und Gut und Deportation der Familien in entlegene Gebiete. Entsprechend verstärkte sich der Widerstand der Kulaken gegen die Sowjetmacht, manchmal nahm er ein großes Ausmaß an. Die gesetzeswidrigen Aktionen gegen die Großbauern riefen eine Welle des Protestes, des Bändenunwesens und bewaffneter Aufstände gegen die Regierung hervor.“⁶⁵

Campeños, die aus Nicaragua nach Honduras geflohen waren, gaben Martin Kriele Ergebnisse zu Protokoll, die so ähnlich auch aus Stalins Sowjetunion hätten stammen können: „Wir wissen selbst am besten, was der Boden braucht und was wir wie und wann anzubauen haben. Und wir sind gewohnt, unsere Produkte auf dem Markt zu verkaufen und davon mit unserer Familie zu leben. Das alles dürfen wir nicht mehr. Jetzt kommen sandinistische Studenten aus der Hauptstadt, glauben, alles besser zu wissen, und schreiben uns vor, was wir zu tun haben. Dann müssen wir die Produkte dem Staat übergeben. Das machen wir nicht mit, und dann wollen sie uns zwingen und fangen an, die Leute zu verschleppen, zu foltern und zu morden.“⁶⁶

⁵⁹ R. Pipes: Die Russische Revolution; Bd. 2: Die Macht der Bolschewiki; Berlin 1992; S. 557 ff.

⁶⁰ R. Pipes: Die Russische Revolution; Bd. 3: Rußland unter dem neuen Regime; Berlin 1993; S. 105.

⁶¹ Paul Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers; London 1988; S. 414 ff. Manfred von Boetticher: Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926 - 1930. Herausbildung des Stalinismus; Düsseldorf 1976; S. 280 f.

⁶² Michail Heller, Alexander Nekrich: Geschichte der Sowjetunion; Band I; Königsstein 1981; S. 227.

⁶³ Ebd.; S. 200-203. George F. Hofmann: Doctrine, Tank Technology, and Execution: I.A. Khalepskii and the Red Army's Fulfillment of Deep Offensive Operations; in: The Journal of Slavic Military Studies, Vol. 9, No. 2/June 1996; S. 283 f.

⁶⁴ Zitiert in Heller, Nekrich: a.a.O.; S. 230.

⁶⁵ Dimitri Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie; Düsseldorf 1989; S. 251.

⁶⁶ Kriele: a.a.O.; S. 103.